

Legislaturprogramm 2010 bis 2014

Grüne Politik ist Engagement für die Zukunft, sie stellt sich den Anforderungen von heute und präsentiert Lösungen für morgen. Basis Grüner Politik sind die Grundsätze der Nachhaltigkeit, welche ökologische, soziale und wirtschaftliche Interessen in Entscheide einbeziehen und den zukunftsfähigen Ausgleich zwischen diesen Interessen suchen. Die Werthaltung der Grünen Politik umfasst eine Gesellschaft, die niemanden fallen lässt oder ausschliesst, sondern allen das Recht und die Möglichkeit bietet, am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Grüne Politik ist eine Politik der klaren Absichten, der konsequenten Umsetzung und des gegenseitigen Respekts.

Grüne Politik will eine solidarische Gesellschaft, sorgfältigen Umgang mit Ressourcen, griffigen Klimaschutz und ein Miteinander aller Regionen und Gesellschaftsschichten im Kanton Bern.

Grüne Politik ist zukunftsfähige Politik, weil sie visionär denkt, Schwierigkeiten rasch anpackt, weitsichtige Lösungen präsentiert und konsequente Umsetzungen fördert.

Grüne Politik ist vorausschauende Politik. Heute grün denken und handeln bedeutet Ressourcen, Lebensraum und Chancen für unsere Kinder und Kindeskinde schaffen.

Grüne Politik pachtet die Zukunft nicht für eigene, kurzfristige Interessen, sie sichert diese vielmehr für alle Teile der Gesellschaft und insbesondere für künftige Generationen.

Die Grüne Fraktion im Grossen Rat setzt sich für die Legislatur 2010 – 2014 Ziele, die einen lebenswerten und zukunftsfähigen Kanton Bern schaffen und erhalten. Auch für künftige Generationen.

1. Klima- und Energiepolitik

Die Grüne Fraktion fordert die Energiewende im Kanton Bern: Weg von der fossilen und atomaren Energie, hin zu erneuerbaren Energieträgern. Erneuerbare Energien bieten neben besserem Klimaschutz und ausreichender Energieversorgung hoch attraktive Möglichkeiten für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft. Die Grünen unterstreichen diese Forderung konkret mit ihrer Initiative „Bern erneuerbar“ und mit ihrer Unterstützung für das Energiegesetz. Atomenergie ist eine Technologie der Vergangenheit, sie schafft weiterhin mehr Probleme als Lösungen. Grüne Energiepolitik verlangt Lösungen für die Zukunft.

Politikbereich	Massnahme	Beschreibung
Energiepolitik	Neuen Verfassungsgrundsatz für nachhaltige Energiepolitik verankern	Die Grünen wollen mit der Initiative Bern erneuerbar eine Verfassungsgrundlage für eine nachhaltige Energiepolitik. Die Grünen unterstützen das Energiegesetz und lehnen den entsprechenden Volksvorschlag ab.
Förderung erneuerbarer Energieträger	Solarenergie fördern	Der Kanton Bern braucht eine Offensive zur systematischen Förderung der Solarenergie (z.B. Massnahmenplan Kanton/Gemeinden, Solarmodule auf Lawinenverbauungen etc.).
	Biogas-Energie fördern	Der Kanton Bern braucht eine Offensive zur Förderung von Energie aus Biogas (z.B. Massnahmenplan Kanton/Gemeinden, Anreizsysteme etc.).
	Wasserkraft fördern	Wasserkraft muss durch die systematische Optimierung von Technologie und Infrastruktur an bestehenden Anlagen sowie die Prüfung neuer Technologien (z.B. Wasserwirbelkraftwerke bei Renaturierungen, Trinkwasserturbinierung, etc.) gefördert werden.
	Wind-Energie fördern	Wind-Energie muss an geeigneten Standorten gefördert werden.
Energieeffizienz und Energiesparen	Energieeffizienz steigern	Die Energieeffizienz im Kanton Bern muss gefördert werden. Dazu zählen Massnahmen wie Gebäudesanierungen, der Einsatz effizienter Technologien oder die Einführung einer Sanierungspflicht für Gebäude mit geringer Energieeffizienz. Die öffentliche Hand (Kanton, Gemeinden) muss beim Einsatz effizienter Technologien systematisch Vorbildfunktion übernehmen (z.B. LED für Strassenbeleuchtung etc.).
	Energiesparen fördern	Die Grünen streben die Entwicklung und Einführung eines Energiesparprogramms an, welches Energiesparen von Haushalten und Unternehmen fördert und fordert.
Atomenergie	Ausstiegsszenario verankern	Die Grünen wollen in der laufenden Legislatur ein verbindliches Ausstiegsszenario aus der Atomenergie für den Kanton Bern erreichen.

2. Mobilität und Verkehr

Immer mehr Menschen wohnen und arbeiten nicht am gleichen Ort. Dies führt zu einer starken Zunahme der Mobilität und der Pendlerströme. Die Grünen wollen den öffentlichen Verkehr und den Veloverkehr weiter stärken und ein Umsteigen vom Auto auf den öV attraktiver machen. Wichtige Massnahmen dazu sind die Umsetzung eines geschlossenen Velowegnetzes im ganzen Kanton, der Ausbau des Bahnhofs Bern und neue Mobilitätssysteme. Als übergeordnetes Ziel muss die Reduktion von CO₂-Emissionen im Kanton Bern angestrebt werden.

Politikbereich	Massnahme	Beschreibung
Veloverkehr	Geschlossenes Velowegnetzes im ganzen Kanton umsetzen	Die Grünen streben die Etablierung eines geschlossenen Velowegnetzes im ganzen Kanton Bern an.
	Lücken in der Mobilitätskette schliessen	Die Umsteigebeziehung zwischen Bahn, Bus, Tram und Velo muss verbessert werden. An den Umsteigepunkten müssen genügend Veloabstellplätze geschaffen werden.
FussgängerInnen	Fussverkehr fördern	Die Grünen fordern den Ausbau des Wegnetzes, Fussgängerleitsysteme und einen Massnahmenplan zwischen Kanton/Gemeinden.
Öffentlicher Verkehr	Bahnhof Bern um-/ausbauen	Der Um-/Ausbau des Bahnhofs Bern ist voranzutreiben und seine Kapazität zu erhöhen, um die Attraktivität des öV für PendlerInnen zu sichern.
	Bahn- und Buslinien erhalten, bedarfsge-rechte öV-Angebote fördern	Bahn- und Buslinien sind auch in ländlichen Regionen zu erhalten. Wo sich Kosten und Nutzen nicht vereinbaren lassen, sind neue, bedarfsge-rechte öV-Angebote zu fördern.
	Tramnetz ausbauen	Das Tram ist das leistungsfähigste Verkehrsmittel in Stadt und Agglomeration. Der Bau der geplanten neuen Linien ist voranzutreiben.
Individualverkehr	Tempo 30 innerorts fördern	Die Etablierung von Tempo 30 innerorts ist als genereller Standard anzustreben.
	Road Pricing fördern	Der Kanton Bern beteiligt sich an Versuchen des Bundes zu Road Pricing und fördert dieses Modell innerhalb des Kantons Bern.
	Ökologische Motorfahrzeugsteuern einführen	Der Kanton Bern braucht ein griffiges Motorfahrzeugsteuersystem mit Lenkungswirkung.
	Neue Mobilität fördern	Der Kanton fördert Forschung und Technologie im Bereich klimaschonender und energiesparender Mobilitätssysteme (z.B. Mitfahrmodelle).
Strassenbau, Parkplätze	Autoarme Siedlungen fördern	Der Kanton fördert die Realisierung autoarmer Siedlungen. Hierzu überprüft er die Parkplatzpflicht im Baugesetz.
	Lärmschutzmassnahmen ergreifen	Der Kanton Bern treibt Lärmschutzmassnahmen in seinem Zuständigkeitsbereich voran.
Luftverkehr	Gebirgslandeplätze einschränken	Der Kanton Bern schränkt rein touristische Gebirgslandeplätze für Heliskiing ein.
	Keine weiteren Mittel für den Flugplatz Belpmoos sprechen	Die Grünen setzen sich dafür ein, dass keine weiteren Kantonsmittel für den Flugplatz Belpmoos gesprochen werden.

3. Natur- und Landschaftsschutz

Die Grüne Fraktion setzt sich dafür ein, dass sich der Kanton noch stärker für den Schutz einer intakten Umwelt und eine nachhaltige Entwicklung engagiert. Eine einseitige Gewichtung wirtschaftlicher Interessen wird den Herausforderungen unserer Zeit nicht gerecht. Biodiversitätsfreundliche Gemeinden sollen in ihren Bemühungen unterstützt werden. Der Umgang mit Landschaft, Gewässern und dem Boden muss insgesamt sorgfältig gestaltet werden. Die Renaturierung von Fluss- und Bachläufen soll weiterhin gefördert und umgesetzt werden.

Politikbereich	Massnahme	Beschreibung
Biodiversität	Biodiversität in Zusammenarbeit mit Gemeinden fördern	Der Kanton unterstützt biodiversitätsfreundliche Gemeinden mit fachlicher Unterstützung und allenfalls mit finanziellen Zuschüssen.
Gewässer	Landschafts- und Naturschutz bei Kleinwasserkraftwerken berücksichtigen	Die kostendeckende Einspeisevergütung hat zu einem Ansturm auf Kleinwasserkraftwerke geführt. Der Kanton hat für eine landschafts- und naturverträgliche Umsetzung zu sorgen. Eine Konzentration auf bereits genutzte Gewässer ist anzustreben; bisher unberührte Gebiete sind zu schonen.
	Zugänglichkeit von See- und Flussufern fördern	Die Zugänglichkeit von Ufern gemäss See- und Flussufergesetz ist vielerorts nicht gegeben. Der Kanton fördert die Zugänglichkeit von See- und Flussufern und die rasche Realisierung fehlender Uferwege.
	Renaturierungen fördern	Der Kanton Bern fördert Renaturierungen und setzt sie um (insbesondere als flankierende Massnahme bei Wassernutzungsprojekten).
Landschaftsschutz	Landschaftsschutz bei Windturbinenbau berücksichtigen	Neue Standorte für Windturbinen müssen landschaftsverträglich sein. Neue Turbinen sind nach Möglichkeit in bestehende Anlagen zu integrieren.
	Lichtverschmutzung bekämpfen	Der Kanton erarbeitet ein Konzept gegen die zunehmende Lichtverschmutzung und die nicht-funktionale Beleuchtung.
Gebirge	Umwelt- und landschaftsverträglichere Beschneiungsanlagen fordern	Der Kanton Bern verfolgt ein restriktiveres Regime bezüglich der Beschneiungsanlagen (z.B. Landschaftsverträglichkeit, Betrieb mit erneuerbaren Energien etc.).

4. Raumentwicklungspolitik

Der erhöhte Raumbedarf für Wohnen und Infrastruktur führt zu einer fortschreitenden Zersiedelung mit negativen Folgen für Landschaft und Mensch. Eine ausschliesslich auf die jeweilige Gemeinde fokussierte Raumplanung ist unter den heutigen Gegebenheiten nicht mehr zweckmässig. Die Grünen streben an, die Raumplanung stärker regional statt lokal zu betrachten und die regionalen Zusammenarbeiten weiter zu intensivieren.

Politikbereich	Massnahme	Beschreibung
Raumplanung	Überregionale Siedlungsplanung umsetzen	Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte bieten gute Ansätze - allerdings braucht es mehr Verbindlichkeit bei ihrer Umsetzung. Der Kanton erarbeitet entsprechende Modelle und fördert interkommunale Planungen.
	Masslose Überbauung eindämmen	Der Kanton Bern erarbeitet Massnahmen zur Eindämmung des übermässigen Zweitwohnungsbaus, spekulativer Bodenpolitik und einer lokal überdimensionierten Bauweise.
	Abschöpfung Planungsmehrwert verbindlich festlegen	Der Kanton schafft eine allgemeine, verbindliche Grundlage für die Abschöpfung des Planungsmehrwerts.
	Verdichtung fördern	Der Kanton Bern fördert die Verdichtung von bereits überbauten, mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossenen Zonen.
	Erweiterung der Gesamtfläche der Bauzonen im Kanton während 20 Jahren stoppen	Der Kanton schafft die Grundlagen für ein 20-jähriges Moratorium bezüglich des Ausbaus der Gesamtfläche der Bauzonen im Kanton Bern.
Hauptstadtregion Bern	Hauptstadtstrategie für Bern erarbeiten	Der Kanton erarbeitet zusammen mit dem Bund und den Gemeinden eine Hauptstadtstrategie.
	Politisches Zentrum stärken	Das politische Zentrum Bern (Politikcluster) wird durch den Ausbau der Infrastruktur der „Host-City“ Bern für internationale und nationale Veranstaltungen (Tagungen, Verhandlungen etc.) gestärkt.
	Zusammenarbeit stärken	Der Kanton Bern fördert die Etablierung eines Städtennetzes und die Zusammenarbeit zwischen den entsprechenden öffentlichen Körperschaften über die Kantonsgrenzen hinaus.
Gemeindepolitik	Gemeindezusammenschlüsse fördern	Der Kanton schafft die gesetzlichen Grundlagen für eine aktive Förderung von Gemeindezusammenschlüssen durch den Kanton. Er gibt entsprechende Anstösse.
	2000-Watt-Gesellschaft anstreben	Kommunale Baureglemente müssen vermehrt Vorschriften in Richtung Null-Energie oder Energieplus-Bauten machen. Der Kanton übernimmt hier eine Führungsrolle.
Touristische Nutzungsplanungen	Regions- und kantonsübergreifende Zusammenarbeit fördern	Der Kanton Bern setzt sich bei touristischen Nutzungsplanungen für regions- und kantonsübergreifende Planungen ein. Nur so kann zwischen Schutz und Nutzung ein sinnvoller Ausgleich garantiert werden.

5. Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik

Unter dem Leitziel der Nachhaltigkeit will die Grüne Fraktion ökologische, soziale und wirtschaftliche Interessen mit einbeziehen und diese gesamtheitlich betrachten. So eröffnet sich beispielsweise für unzählige Berner KMU-Betriebe immenses Potential durch die Förderung erneuerbarer Energien oder durch klimafreundliche Gebäudesanierungen.

Politikbereich	Massnahme	Beschreibung
Wirtschaftspolitik	Erneuerbarer Energien als Potential für KMU fördern	Die Initiative „Bern erneuerbar“ der Grünen bringt Schub und eröffnet ein immenses Potential für die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze in Berner KMU-Betrieben.
	Lohnleichheit bei öffentlichen Aufträgen nachweisen	Die Lohnleichzeit zwischen Frauen und Männern (bei gleichwertiger Arbeit) lässt weiter auf sich warten. Der Kanton setzt bei Submissionen auf den Nachweis von Lohnleichheit und vergibt öffentliche Aufträge nur an Firmen, welche die Lohnleichheit Frau/Mann einhalten.
	Gesamt-/Normal-arbeitsverträge fördern	Der Kanton setzt sich für eine Absicherung von Anstellungsbedingungen in Gesamt- und Normal-arbeitsverträgen ein und sichert ein gezieltes Controlling der flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping.
Clusterpolitik	Grünen Cluster schaffen	Der Kanton schafft die Voraussetzungen für einen neuen Innovations- und Produktionscluster im Bereich grüner Technologien (z.B. erneuerbare Energien, biologischer Landbau, entsprechende Forschung etc.).
Volkswirtschaft	Kantonales Statistikan-gebot ausbauen	Das Fehlen eines Amtes für Statistik schafft Probleme. Für viele Problemstellungen müssen aufwändig neue Erhebungen und Auswertungen durchgeführt werden. Um über zuverlässige Informationen zu verfügen, muss die amtliche Statistik verbessert werden.
	Indikatoren qualitativer Wohlstandsmessung definieren	Für die Messung des Wirtschaftswachstums sollen auch Indikatoren der Lebensqualität und Angaben zur Wohlstandsverteilung verwendet werden. Der Kanton Bern setzt sich auf Bundesebene für die entsprechende Neudefinition ein.
Landwirtschaft	Qualitätslandwirtschaft und Qualitätsernährungswirtschaft fördern	Im Rahmen der Qualitätsstrategie Schweiz unterstützt der Kanton Bern Massnahmen zur Steigerung der Qualität in Land- und Ernährungswirtschaft.
	Ökologisches Saatgut fördern	Der Kanton Bern initiiert und unterstützt Bestrebungen, die Schweiz zu einem Zentrum für ökologisches Saatgut in Europa zu machen.
	Gentechnik zurückbinden	Der Kanton Bern setzt sich für einen gentechnikfreien Kanton auch nach Auslaufen des Gentechmoratoriums 2013 ein.
Ernährungswirtschaft	Solidarität zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen fördern	Der Kanton Bern prüft, mit welchen Instrumenten die Solidarität zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen regionaler und ökologischer Lebensmittel gefördert werden kann.

6. Sozialpolitik

Grüne Politik strebt eine solidarische Gesellschaft an, die alle mit einbezieht und allen die Möglichkeit bietet, sich am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Die Grüne Fraktion will mit ihrem Handeln im Grossen Rat die Solidarität zwischen jüngeren und älteren Einwohnern, zwischen Frau und Mann, Behinderten und Nichtbehinderten, zwischen Stadt und Land und zwischen den verschiedenen Sprachregionen des Kantons Bern weiter fördern.

Politikbereich	Massnahme	Beschreibung
Familienpolitik	Ergänzungsleistungen für Familien verankern	Die Grünen fordern die rasche Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Ausrichtung von Ergänzungsleistungen für Familien.
Soziale Angebote	Finanzierung solidarisch gestalten	Die Grünen setzen sich für eine solidarische Finanzierung zwischen Kanton und Gemeinden ein. Die Einführung von Selbstbehalten lehnen die Grünen ab.
Soziale Integration	Angebot an Kindertagesstätten ausbauen	Der Kanton setzt den Ausbau an Plätzen der familienergänzenden Kinderbetreuung fort. Der quantitative Ausbau darf nicht zulasten der Qualität gehen.
	Subjektfinanzierung nur mit klaren Grenzen	Die Grünen unterstützen die begrenzte Einführung der Subjektfinanzierung in Segmenten des Behindertenbereichs, falls die Qualität der Betreuung und der Anstellungsbedingungen gesichert ist. In anderen Bereichen, namentlich im Bereich der Kinderbetreuung, lehnen die Grünen die Subjektfinanzierung ab.
	Behindertengleichstellung umsetzen	Der Kanton Bern sorgt dafür, dass das BehiG umgesetzt und eine Gleichstellung von Behinderten und Nichtbehinderten garantiert wird. Die Grünen fordern, dass das bernische Behindertenkonzept bis 2014 vorliegt und umgesetzt wird.
	Behindertenfahrdienste sichern	Die Behindertenfahrdienste im Kanton Bern kämpfen immer wieder um ihre Existenz. Mit klaren Regelungen und einer soliden Finanzierung ist auch Menschen, die den öV nicht nutzen können, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu garantieren.
	Hindernisfreien Wohnungsbau fördern	Hindernisfreier Wohnungsbau stärkt die Selbständigkeit von Menschen mit Behinderung und von älteren EinwohnerInnen, sie können (länger) selbständig leben und sich versorgen. Dies ist sowohl aus der Sicht der Gleichstellung wie auch aus wirtschaftlicher und gesundheitspolitischer Sicht zu unterstützen.
Wohnbaupolitik	Gemeinnützigen Wohnungsbau fördern	Der Kanton verstärkt sein Engagement zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus (z.B. Bauzonen für genossenschaftlichen Wohnungsbau).

7. Bildungspolitik

Die Grünen werden sich in der neuen Legislatur für Verbesserungen in der Bildungspolitik einsetzen, welche sie mit Umsicht und ohne Hektik anpacken wollen. Die Grünen stehen weiterhin für ein durchlässiges Bildungswesen ein und unterstützen darum integrativere Schul- und Unterrichtsformen, auch im 7. - 9. Schuljahr. Zudem wollen die Grünen mit der Revision des Volksschulgesetzes die Basisstufe und die Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit durch den Kanton einführen. Die Grünen sind überzeugt, dass eine gute Arbeitssituation und konkurrenzfähige und gerechtere Löhne für die Qualität der Schule zentral sind. Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte müssen in einem Gesamtpaket überprüft und sinnvoll angepasst werden.

Politikbereich	Massnahme	Beschreibung
Tagesschulen	Tagesschulen kontinuierlich ausbauen	Das Angebot an Tagesschulen muss im ganzen Kanton gemäss Volksschulgesetz ausgebaut werden. Dabei ist auch der Qualitätssicherung Beachtung zu schenken (keine Quantität auf Kosten der Qualität).
Bildungsausgaben	Bildungsausgaben konsolidieren	Die Grünen lehnen ein Primat der Finanzpolitik und die weitere Reduktion der Bildungsausgaben im Kanton Bern entschieden ab. (Gemäss BfS ist Bern der einzige Kanton, der seit 1995 die Bildungsausgaben gesenkt hat.)
Attraktivität Lehrberufe und Arbeitsbedingungen	Attraktivität der Lehrberufe sicherstellen	Dem Mangel an Lehrkräften ist mit einem Massnahmenpaket zur Steigerung der Attraktivität zu begegnen (Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Unterricht).
	Anzahl Pflichtlektionen reduzieren	Die Grünen streben an, das um eine Lektion erhöhte Pflichtpensum der Lehrkräfte (vorübergehende Sparmassnahme) wieder um eine Lektion zu reduzieren.
	Lohnsituation verbessern	Gemäss Erhebung der ERZ („wo drückt der Schuh“) sowie der Studie des LCH sind die Löhne (Einstiegsgehälter) und die Lohnentwicklung zu überprüfen und anzupassen.
Volksschule	Integration (Art. 17, Volksschulgesetz) sorgfältig umsetzen	Die personellen und finanziellen Ressourcen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen sind regional zu überprüfen und anzupassen. Die Unterstützung für die Regelklassenlehrkräfte muss durch genügend Fachlehrkräfte (Heilpädagogik, Psychomotorik, Logopädie etc.) gewährleistet sein. Der Knowhow-Transfer zwischen den Gemeinden (best Practice) ist sicherzustellen. Die Entwicklung von integrativeren Schulmodellen ist auch auf die Oberstufe auszudehnen.
	Neuen Rahmenlehrplan (Lehrplan 21) einführen	Durch die interkantonale Zusammenarbeit können die Bildungsziele harmonisiert werden. Zudem soll die Zusammenarbeit die Orientierung des Lernens an erworbenen Kompetenzen stärken.

	Anschlusslösungen sichern	Kein Abschluss ohne Anschluss! Der Kanton verstärkt seine Massnahmen, damit alle Jugendlichen eine Ausbildung nach der Schule machen können. Es ist zu prüfen, ob Zwischenlösungen bei der späteren Berufsausbildung angerechnet werden können.
Berufsbildung	Nachholbildung für Erwachsene fördern	Der Kanton baut sein Angebot nach Möglichkeit gezielt aus.
	Qualifizierte Ausbildungen sichern	Die Fachhochschule und die Universität zeichnen sich weiterhin durch ein breites und qualitativ gutes Angebot aus und sichern den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Bern. Die Fachhochschule und die Universität verbessern ihre Zusammenarbeit, um das Angebot an Ausbildungen zu optimieren.
Fachhochschule/Universität	Autonomie evaluieren	Die neu geschaffene Autonomie für die Universität muss hinsichtlich ihres Funktionierens überprüft werden. Eine solche wissenschaftliche Evaluation wird aufgelegt.

8. Gesundheitspolitik

Die Grüne Fraktion setzt sich ein für eine Gesundheitsversorgung auf qualitativ hohem Niveau, die für alle bezahlbar bleibt. Der öffentliche Einfluss auf die öffentlichen Spitäler im Kanton Bern muss wieder ausgebaut werden. Neben Verbesserungen in der Spitalpolitik müssen aber auch Massnahmen für eine solide Spitex, für Prävention und für gesunde Lebensbedingungen getroffen werden. Dazu gehört insbesondere der Schutz der EinwohnerInnen vor gesundheitsschädigenden Emissionen.

Politikbereich	Massnahme	Beschreibung
Spitalpolitik	Öffentlichen Einfluss auf die öffentlichen Spitäler stärken	Die Auslagerung der öffentlichen Spitäler in Aktiengesellschaften hat Probleme geschaffen. Der Einfluss der öffentlichen Hand auf die Spitäler ist zu gering. Die Grünen wollen mehr Einfluss auf die öffentlichen Spitäler im Kanton Bern sicherstellen.
	Personalpolitische Situation verbessern	Der Kostendruck im Gesundheitsbereich (vgl. Einführung der Fallkostenpauschalen DRG, zu wenig Mittel für Gehaltsaufstieg) wirkt sich unmittelbar auf das Personal aus. Dies verschärft die ohnehin angespannte Personalsituation. Mit gezielten Verbesserungen muss Gegensteuer gegeben werden.
	Spitalexterne Betreuung fördern	Das Prinzip „ambulant vor stationär“ ist weiterzuführen und zu stützen. Auf die Einführung von Selbsthalten bei der Spitex ist zu verzichten, da diese die Umlagerung stationär/ambulant in Frage stellen und überdies viel administrativen Aufwand generieren würde.
	Gesundheitsversorgung durch Gesundheitszentren sichern	Regionale Gesundheitszentren sind zu fördern und zu unterstützen. Sie garantieren eine solide, umfassende und finanzierbare Gesundheitsversorgung auch in den peripheren Regionen.
Prävention	Breitensport fördern	Mit einer starken Förderung des Breitensports engagiert sich der Kanton automatisch auch in der Gesundheitsförderung.
	Lärm und andere Emissionen einschränken	Der Kanton schützt seine EinwohnerInnen vor Lärm- und weiteren gesundheitsschädigenden Emissionen. Unter anderem engagiert sich der Kanton für jene Regionen, die unter dem Fluglärm der Schweizer Luftwaffe besonders leiden.
Drogenpolitik	Wissenschaftlichen Pilotversuch für die Legalisierung von Cannabis unterstützen	Suchtmittel sind nach ihrer Gefährlichkeit zu beurteilen. Der Kanton setzt sich für einen Pilotversuch für die Legalisierung von Cannabis ein.

9. Finanz- und Steuerpolitik

Finanzpolitik ist immer das Ergebnis aus dem Widerstreit dreier Einflussfaktoren: Der Ausgabenpolitik (laufende Ausgaben, Investitionsausgaben), der Ertragspolitik (Steuern, Abgaben) und der Veränderung der Verschuldung (Schuldenabbau oder Neuverschuldung). Die Grünen setzen sich für eine Finanzpolitik ein, welche alle drei Determinanten berücksichtigt und nicht nur eine Auswahl davon. Nur mit diesem ganzheitlichen Blick lässt sich Nachhaltigkeit garantieren.

Politikbereich	Massnahme	Beschreibung
Finanzpolitik	Schuldenbremse evaluieren	Seit 2008 kennt der Kanton Bern eine restriktive Schuldenbremse für die Investitionsrechnung. Aufgrund der Erfahrungen der Wirtschaftskrise und der sich jetzt manifestierenden finanzpolitischen Probleme ist die Regelung zu evaluieren.
	Investitionsplanung etablieren	Der Kanton Bern verfügt namentlich im Hoch- und Tiefbaubereich über keine transparente Investitionsplanung. Die Grünen fordern die Etablierung eines solchen Instruments (Verstetigung Investitionstätigkeit).
	Grundsatz Finanzpolitik etablieren	Die Grünen stehen gleichermassen zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt und einer konjunkturgerechten Politik. Je nach konjunktureller Situation darf eine temporäre Neuverschuldung hingenommen werden, wenn sie anschliessend schuldenbremskonform abgetragen wird.
	Schuldenabbau nicht zum Hauptziel nehmen	Die Schuldenquote hat im Kanton Bern eine Höhe erreicht, die finanzpolitisch tragbar ist. Ein substantieller jährlicher Schuldenabbau ist kein vorrangiges Ziel mehr.
	Sparmassnahmen: Politik der leeren Kassen nicht unterstützen	Die Grünen widersetzen sich einer Überprüfung der Staatsausgaben nicht. Allerdings tragen wir eine Politik der leeren Kassen und entsprechende Sparmassnahmen, welche die Standortattraktivität Berns einschränken, nicht mit.
	Neue Verwaltungsführung NEF evaluieren	Die Grünen fordern eine Evaluation des Steuerungsmodells NEF. Mit der Etablierung von NEF ist die Einführung komplexer, informatikintensiver Verrechnungsmodelle einhergegangen. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist unvoreingenommen abzuwägen.
	Steuerpolitik	Handänderungssteuer beibehalten
Erbschaftssteuer wiedereinführen		Die Abschaffung der Erbschaftssteuer hat den Kanton Bern nicht attraktiver gemacht, sondern finanzpolitischer Handlungsspielräume beraubt. Die Grünen fordern die Wiedereinführung einer Erbschaftssteuer mit Freibetrag – möglichst auf eidgenössischer Ebene. Der Kanton Bern setzt sich dafür ein.
Pauschalbesteuerung abschaffen		Die Grünen setzen sich für die Abschaffung der Besteuerung nach dem Aufwand ein.

10. Personalpolitik

Seit den 1990er Jahren hat der Kanton Bern als Arbeitgeber immer mehr an Attraktivität verloren. Die Einführung des Lohnsystems BEREBE bedeutete einen ersten, die Abschaffung des bedingten, halbautomatischen Lohnaufstiegs im Jahr 2005 einen zweiten Schritt. Die Beschränkung der Mittel für Lohnaufstiege beschleunigte die Abbautendenz. Heute besteht grosser Handlungsbedarf, wenn der Kanton Bern weiterhin gutes Personal rekrutieren und als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen werden will.

Politikbereich	Massnahme	Beschreibung
Personalpolitik	Mittel für Lohnmassnahmen erhöhen	Die finanzpolitisch motivierte Beschränkung der Mittel für Lohnmassnahmen während vieler Jahre hat zu einem grossen Rückstand auf die Konkurrenz geführt. Der Kanton Bern muss Spielraum schaffen, um bei Bedarf auch grössere Lohnabschlüsse als in der Vergangenheit durchzuführen. Es sind mehr Mittel für Lohnmassnahmen im Finanzplan einzustellen.
	Neues Lohnsystem einführen	Das Leistungslohnsystem ist weitgehend gescheitert. Die Einführung eines halbautomatischen Lohnaufstiegssystems bis zu einer gewissen Berufserfahrung (z.B. Stufe 40) soll geprüft werden.
	5. Ferienwoche realisieren	Der Kanton Bern hat für sein Personal eine unterdurchschnittliche Ferienregelung. Die fünfte Ferienwoche muss als Minimalstandard realisiert werden. Für die älteren Mitarbeitenden ist zumindest ein zusätzlicher Ferientag zu gewähren.
	Vaterschaftsurlaub einführen	Der Kanton kennt nur zwei (!) Tage Vaterschaftsurlaub. Die Grünen fordern die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs, der den Namen verdient (mindestens zwei Wochen).
	Pensionskassen: Primatwechsel abwägen	Unter der Voraussetzung einer fairen Übergangsfinanzierung und einer Lösung für die Problematik der Unterdeckung (Ausfinanzierung, Verzinsung) stehen die Grünen einem Primatwechsel nicht prinzipiell ablehnend gegenüber. Hingegen ist angesichts der Finanzlage genau abzuwägen, inwiefern ein Primatwechsel angezeigt ist.
	Gleicher Lohn für gleiche Arbeit/Chancengleichheit realisieren	Nach wie vor ist – auch im Kanton Bern – das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen nicht behoben. Die Grünen fordern ein Controlling und eine Personalpolitik, die diese Ungerechtigkeit aufhebt. Der Frauenanteil im Kader ist zu steigern.

11. Kulturpolitik

Das Projekt „Bildung und Kultur“ sowie die Revision des geltenden Kulturförderungsgesetzes und die Beratung des neuen Musikschulgesetzes bilden die Schwerpunkte der Kulturpolitik in der Legislatur 2010 – 2014. Die Grüne Fraktion unterstützt mit ihrem Handeln die Förderung der kulturellen Vielfalt. Kultur darf kein Luxusgut für einige Wenige sein – Kultur gehört zu einem bewegten Leben.

Politikbereich	Massnahme	Beschreibung
Kulturförderung	Strategische Grundsätze der Kulturförderung stützen	Die Grünen unterstützen die Stossrichtung der Kulturstrategie. Der Kanton Bern fördert damit Kultur und Kulturvermittlung in allen Regionen des Kantons, er konzentriert sich gleichzeitig auf Angebote mit mindestens regionalem Charakter.
	Projekt „Bildung und Kultur“ weiter verfolgen	Die Grünen unterstützen das Projekt „Bildung und Kultur“ mit allen Massnahmen. Es fördert Kinder ganzheitlich und bedeutet Kultur für die Zukunft.
Subventionierte Institutionen	Vermittlungsauftrag durchsetzen	Subventionierte Institutionen müssen Vermittlungsangebote für Schulen bereitstellen.
	Zusammenarbeit der Institutionen fördern	Der Kanton fördert und fordert eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den subventionierten Institutionen.
	Kostenbeteiligung Bund erhöhen	Der Kanton strebt eine höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten der grossen Kulturinstitutionen der Bundeshauptstadt Bern an.
	Subventionen ausgeglichen verteilen	Auf eine ausgeglichene und sinnvolle Verteilung der kantonalen Subventionen ist zu achten. Dabei sind insbesondere Angebot von regionaler oder überregionaler Bedeutung zu fördern.
	Beteiligung der Regionen angemessen verteilen	Die Regionen beteiligen sich angemessen an den Kosten der Kulturausgaben der Zentren.
Musikschulen	Zusammenarbeit von Volksschule und Musikschulen stärken	Mit dem Musikschulgesetz soll die Zusammenarbeit zwischen der Volksschule und den Musikschulen vorangetrieben werden. Damit wird die musische Ausbildung gestärkt und vorhandene Ressourcen besser genutzt. Auch Kinder mit bildungsfernerem Hintergrund sollen vermehrt in den Genuss von musischer Ausbildung kommen.
Denkmalpflege	Qualität und Stabilität bei der Dotierung der Fachstellen sichern	Die Denkmalpflege erfüllt zusammen mit öffentlichen und privaten Bauträgern, spezialisierten Architekten und hochqualifizierten KMU der Bauwirtschaft die Daueraufgabe der Werterhaltung der gebauten Kulturgüter des Kantons. Durch das Know-how und den Einsatz von Anstossinvestitionen werden qualitativ hochwertige Bauvorhaben ausgelöst, die sowohl materielle wie auch immaterielle Werte schaffen.

12. Gesellschaftspolitik

Die Grüne Fraktion steht für ein solidarisches, gleichberechtigtes Zusammenleben von Bevölkerungsgruppen, Generationen, Kulturen und Regionen ein. Die Zweisprachigkeit des Kantons Bern, die kulturelle Vielfalt sowie die unterschiedlichen Potentiale von Regionen und Bevölkerungsgruppen sind ausgeprägte Stärken des Kantons Bern und als solche adäquat in politische Abläufe einzubeziehen.

Politikbereich	Massnahme	Beschreibung
Lohnleichheit	Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit/Chancengleichheit realisieren	Nach wie vor ist – auch im Kanton Bern – das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen nicht behoben. Die Grünen fordern den Kanton dazu auf, Massnahmen zu entwickeln, damit die Unternehmen sich dem Lohnleichheitsdialog auf Bundesebene anschliessen (tripartites Projekt, 2009 – 2014) und ihre Löhne mit dem Instrument logib auf Lohnleichheit überprüfen.
Integration	Generationenprojekte fördern	Die Vereinzelung in unserer Gesellschaft trägt viel zu sozialer Isolation und zu hohen Sozialkosten bei. Mit der Förderung von Generationenprojekten können Kosten gespart und Solidarität sicher gestellt werden.
	Integration fördern und fordern	Die Grünen fordern ein starkes Engagement des Kantons Bern in der Integration unter dem Titel „fördern und fordern“. Sprachkenntnisse von MigrantInnen sind ebenso zu fördern wie der kulturelle Austausch. Gleichzeitig werden von MigrantInnen der respektvolle Umgang mit unseren Werten und aktive Integrations-Bestrebungen gefordert.
	Zusammenhalt zwischen Stadt und Land fördern	Der Kanton Bern sorgt in seinen Programmen, Planungen und Investitionen für einen gesunden Ausgleich zwischen Stadt und Land. Er fördert den Zusammenhalt und das Verständnis zwischen Stadt und Land mit geeigneten Massnahmen.
Jura bernois	Prendre en compte les particularités de la minorité francophone	Le canton de Berne veille à ce que le statut particulier du Jura bernois soit respecté et développé, que les avis du CJB (Conseil du Jura bernois) et du CAF (Conseil des Affaires Francophones) soient pris en compte. Le Jura bernois étant une région périphérique, il convient de prêter une attention toute particulière aux volumes d'investissements et de subventionnements qui lui sont attribués. Le canton de Berne soutient les démarches prônant la collaboration avec les cantons de tout l'Arc jurassien et particulièrement avec le Jura.